

Auf die richtige Mischung kommt es an

Interviews mit den energiepolitischen Sprechern der Fraktionen

Gestiegene Strom-, Gas- und Ölpreise machen den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht nur in NRW zu schaffen. Viele werden dieses Jahr deutlich tiefer ins Portmonee greifen müssen als bisher. Kann die Politik hier regulierend eingreifen? Und was für Konsequenzen sind aus den steigenden Rohstoffpreisen zu ziehen? Muss das „Energierland NRW“ umdenken? „Landtag intern“ sprach darüber mit Dr. Wilhelm Droste (CDU), Uwe Leuchtenberg (SPD), Reiner Priggen (GRÜNE) und Dietmar Brockes (FDP).

An der Gesamtstromerzeugung in Deutschland sind nordrhein-westfälische Kraftwerke zu mehr als einem Viertel beteiligt. Bleibt NRW Energiestandort Nr. 1 in Deutschland?

Dr. Droste: Die Bedeutung des Produktionsfaktors Energie ist in den letzten Monaten erst durch die



Dr. Wilhelm Droste (CDU)

steigenden Energiepreise verstärkt in das öffentliche Interesse gerückt. Hier wurde deutlich, wie viele Arbeitsplätze davon direkt betroffen sind. Eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Versorgung ist die elementare Voraussetzung einer modernen und leistungsfähigen Volkswirtschaft. Wir haben daher in den Berliner Koalitionsverhandlungen ein neues Energiekonzept eingefordert. Dieses muss nicht nur eine wirtschaftliche, umweltverträgliche und sichere Energieversorgung gewährleisten, sondern auch eine Richtschnur ohne ideologische Scheuklappen für die Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte sein.

Leuchtenberg: Wir werden zumindest alles dafür tun, damit das so bleibt. Dafür müssen wir jedoch neue Schwerpunkte setzen. Der

Energiestandort NRW definiert sich ja nicht nur über Kohleförderung und Stromerzeugung. Insbesondere die Forschung und Entwicklung von neuen Technologien muss in diesem Bereich weiter ausgebaut werden. Stichwort Geothermie oder Windenergie. Das sind nur zwei Beispiele aus der umfangreichen Palette der regenerativen Energien. Hier muss NRW eine Vorreiterrolle einnehmen. Dahinter verbirgt sich ein großes Potential für den Wirtschaftsstandort NRW und das wiederum bedeutet Arbeitsplätze.

Priggen: Ich gehe davon aus, dass das so bleibt. Momentan werden hierzulande eine Reihe neuer Gas- und Steinkohlekraftwerke gebaut. Die Kraftwerkstandorte der STEAG AG werden derzeit wie Schätze gehandelt. Das heißt, es gibt ein großes Interesse von Investoren, die gerne an STEAG-Standorten bauen wollen. Erfreulicherweise konnten neben den bekannten Großkonzernen endlich auch einmal neue Erzeuger wie in Hürth und Hamm Fuß fassen. Wir werden also nicht nur den Altbestand halten, sondern es wird zusätzlich neue Kraftwerke geben. Insofern gehe ich davon aus, dass NRW zumindest bei der konventionelle Energieerzeugung die Nr. 1 bleiben wird.

Brockes: FDP und CDU werden die Position Nordrhein-Westfalens als Energiestandort Nr. 1 in Deutschland weiter ausbauen. Dazu werden wir der Energiewirtschaft, der Industrie und den Verbrauchern verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen geben. Wir setzen auf einen breiten Energiemix aus Braun- und Steinkohle, Kernenergie, Erdgas und erneuerbaren Energien. Die Vielfalt muss erhalten und unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu einem ausgewogenen und mit Blick auf Arbeitsplätze verantwortbaren Mix zusammengeführt werden. Der Energiemix der Zukunft muss sich im

Wettbewerb der Energieträger herausbilden. Mit der einseitigen, ideologisch motivierten Bevorzugung einzelner Energieträger wie bei Rot-Grün wollen wir Schluss machen.

Die Energiepreise explodieren. Wie wird der Bedarf an neuen effizienten Kraftwerken gestillt und gehen damit auch die Preise für die Verbraucher herunter?

Dr. Droste: Bei der Fortschreibung des nationalen Allokationsplans 2 werden wir uns dafür einsetzen, dass Anreize zum Bau effizienter Kraftwerke erhalten bleiben. Der gestiegene Ölpreis, durch den sich auch die Preise von anderen Energieträgern wie Erdgas verteuern, resultiert aus einer rapide ansteigenden Nachfrage bei gleichzeitiger Verknappung der Ressourcen. Hier müssen durch Effizienzsteigerung neue Wege gefunden werden. Das kann der wirtschaftliche Einsatz von Energieeffizienztechnologien oder auch eine Optimierung des Einkaufs sein. Gleichzeitig setzen wir auf mehr Wettbewerb. In Bezug auf Kontrolle, Preisfestlegung der Netzentgelte und Entflechtung der Netze werden die Regulatorbehörden das Energiewirtschaftsrecht konsequent anwenden. Auch dies wird zur Entlastung beitragen.

Leuchtenberg: Durch die Senkung der Netznutzungsgebühren, durch Preiskontrolle und



Uwe Leuchtenberg (SPD)

gegebenenfalls sogar durch Eingriffe der Landeskartellbehörde wird aus meiner Sicht der Energiepreis pro Kilowattstunde kurzfristig zunächst leicht sinken. Jedoch wohl nicht in dem Maße, wie es sich der Verbraucher wünschen würde. Auf längere Sicht ist hingegen davon auszugehen, dass sich die Energiepreise auf hohem Niveau einpendeln. Umso wichtiger wird es sein, die oftmals im Verborgenen schlummernden Einsparpotenziale in den privaten Haushalten stärker zu nutzen. So lässt sich der Anteil der Energiekosten an den Gesamtausgaben eines Haushalts durch eine

vernünftige Wärmedämmung und durch intelligentes Heizverhalten deutlich senken. In Zukunft sollte es primär um die Frage gehen, wie sich der Energieverbrauch senken lässt, statt darum, wie sich die Energiepreise senken lassen. Energie bleibt ein knappes und damit teures Gut.

Priggen: Solange die Politik zulässt, dass die großen Energieversorger ihren Raubzug durch die Portmonees der Endverbraucher fortführen, wird nichts billiger werden. Basierend auf ihrer Monopolstellung fahren die großen Energieversorger völlig überzogene Gewinne ein. Wir brauchen endlich eine wirksame Strompreisaufsicht. Die Politik muss für Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt sorgen. Den haben wir in NRW bislang nicht. Der SPD mangelte es in der Vergangenheit am Willen, weil dieser unseelige Filz von Gewerkschaften und RWE Teil ihrer Politik war. Und dass die neue Landesregierung den Mut hat und die



Reiner Priggen (GRÜNE)

Situation ändert, halte ich für fraglich. Im Zweifelsfall wird Frau Thoben eher über Windräder lamentieren, als RWE oder EON einer wirksamen Preisaufsicht zu unterziehen.

Brockes: NRW ist nicht nur bei der Stromerzeugung an der Spitze, sondern zugleich bei der Entwicklung von modernster Energietechnologie weltweit führend. Effiziente Energieumwandlung in modernen Kraftwerken mit hohen Wirkungsgraden ist das zentrale Thema des Energiewirtschaftsstandortes NRW. Zur Modernisierung des Kraftwerksparks haben die Energieunternehmen des Landes Investitionen von über sieben Milliarden Euro bis zum Jahr 2012 angekündigt. Tausende von Arbeitsplätzen werden dadurch dauerhaft gesichert oder entstehen neu und führen zugleich zu

einer erheblichen Minderung der CO₂-Emissionen. Mit effizienteren Kraftwerken und mehr Wettbewerb im Strommarkt ist natürlich auch die Erwartung verbunden, dass die Energiepreise sinken werden. Neben den Energieunternehmen ist hier insbesondere die neue Bundesregierung gefordert, da der Staatsanteil an der Stromrechnung unter Rot-Grün auf 40 Prozent verdoppelt wurde.

Braun- und Steinkohle sind die wesentlichen Primärenergieträger in Deutschland. Das gilt auch für NRW. Wird das so bleiben?

Dr. Droste: Ziel in der Energiepolitik, insbesondere in der Stromerzeugung, muss weiterhin ein Energiemix sein. Durch die Endlichkeit fossiler Energieträger macht es keinen Sinn, sich auf einen Bereich zu fokussieren. Wir wollen den subventionierten Bergbau auslaufen lassen. Nach Abwägung der energiewirtschaftlichen Ziele, der finanziellen Situation der Haushalte, aber auch der Belange der Betroffenen ist dies unausweichlich. Die frei werdenden Mittel müssen gezielt in den Strukturwandel und in zukunftsfähige Wirtschaftszweige investiert werden. Umstrukturierungen sollen dazu führen, dass die heimische Steinkohle schrittweise durch Importkohle ersetzt wird. Die Entscheidung für einen Subventionsabbau bei der Steinkohle ist jedoch keine Entscheidung gegen die Bergbau- oder Kraftwerkstechnik. Wir werden daher die Anstrengungen der Bergbauunternehmen, auf Auslandsmärkten verstärkt aufzutreten, auch weiterhin unterstützen.

Leuchtenberg: Zweifellos wird NRW bei den regenerativen Energien deutlich zulegen müssen. Nichtsdestotrotz werden Braun- und Steinkohle über Jahrzehnte die Primärenergien bleiben. Wir haben im Land eine ganze Reihe von modernen und optimierten Stein- aber auch Braunkohlekraftwerken, die erst kürzlich in Betrieb gegangen sind oder noch gehen werden. Bei der Förderung der heimischen Steinkohle werden wir jedoch in den nächsten Jahren leider Rückschritte machen. Meine Sorge ist, dass sich die von der neuen Landesregierung geforderte Absenkung der Fördermengen nicht sozialverträglich realisieren lässt. Das hätten wir Sozialdemokraten gerne anders gesehen.

Priggen: Steinkohle wird weiterhin eine Rolle spielen, aber zunehmend Import-Steinkohle. An die Clement'schen Mythen von der notwendigen Förderung der Steinkohle in NRW

glaubt heute kein Mensch mehr. Man muss sich immer wieder vor Augen führen, dass das Land jährlich knapp 700 Millionen Euro für die Steinkohle ausgibt. Die Wirtschaftsministerin Thoben gibt für knapp 35.000 Bergleute die Hälfte ihres Etats aus. Mit der anderen Hälfte muss sie die Förderung von einer Million Arbeitslosen gewährleisten. Das kann nicht funktionieren. Was die Braunkohle betrifft: Hier reichen die genehmigten Tagebaue noch circa 40 Jahre. Die Perspektive der Braunkohle ist aber auch allein schon aus Klimaschutzgründen begrenzt. Schließlich stehen die vier dreckigsten Kraftwerke Europas in NRW rund um die Tagebaue. Wenn wir eine zukunftsorientierte Perspektive haben wollen, wird sich das Land künftig sehr viel stärker auf den Ausbau erneuerbarer Energien konzentrieren müssen.

Brockes: Braun- und Steinkohle bildet das Rückgrat der Energieversorgung in Deutschland. 85 Prozent der Stromerzeugung und 43 Prozent des Primärenergieverbrauchs in NRW entfallen auf diese beiden Energieträger. Die heimische Braunkohle ist aufgrund der günstigen Abbaubedingungen international wettbewerbsfähig und ermöglicht eine subventionsfreie und kostengünstige Stromerzeugung. Die deutsche Steinkohle hingegen ist wegen der ungünstigen geologischen Bedingungen nicht wett-



Dietmar Brockes (FDP)

Fotos: Schälte

bewerbsfähig. Nur aufgrund gewaltiger Subventionszahlungen wird sie zur Verstromung eingesetzt. Importkohle ist dagegen langfristig weltweit verfügbar und zu rund einem Drittel des Preises erhältlich. Wir müssen also die heimische Steinkohle durch günstigere Importkohle ersetzen.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.